

Gewissenserforschung vor den eidgenössischen Wahlen : die Zukunftsaufgaben der SPS

Autor(en): **Hubacher, Helmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **62 (1983)**

Heft 9: **0**

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zukunftsaufgaben der SPS

Von Nationalrat Helmut Hubacher, Präsident der SPS

«Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende! Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei!»

Diese Worte stammen weder von Marx noch Lenin, sondern aus einem Wahlauftritt der deutschen CDU von 1946. Erstaunlich, nicht wahr! Ich will mich nicht über die Fehlannonce auslassen und habe auch nicht vor, den CDU-Salto nachzuzeichnen. Es geht mir vielmehr darum, die Fragwürdigkeit politischer Feststellungen, Prognosen, Behauptungen oder Versprechungen festzuhalten.

Das Einfachste ist am schwersten: Das Richtige zu tun. Politik ist kurzatmig und braucht einen langen Atem, ist kurzfristig und benötigt Weitblick. Das Nächstliegende verspricht direkten Nutzen. Vorausdenken ist unbequem, neue Herausforderungen sind, zu früh erkannt, Utopie, zu spät, verpasste Gelegenheiten. Politik ist ein ständiger Balanceakt zwischen heute und morgen. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns auf die Wahlen hin. Wir haben die Wahl zwischen dem Nötigen und Unerlässlichen.

Pessimistische Zufriedenheit?

«Die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung» organisierte die repräsentative Umfrage CH 82. Das Ergebnis wird im Bericht wie folgt zusammengefasst: «Die Grundhaltung der grossen Mehrheit ist Zufriedenheit, ein An-Erkennen der alles in allem

vorteilhaften Zustände: Rund 90% aller Befragten gehören in diese Gruppe.»

Nach Meinung der Befragten sind die «eigenen Bedürfnisse gesättigt wie kaum irgendwo auf der Erde. Die noch vorhandenen Bedarfslücken haben ihre Ursachen eher in einer Über- als in einer Unterversorgung, auftretende Probleme sind vorwiegend Wohlstandsfolgen: Umweltbelastung, internationale Mobilität der Arbeitskräfte, aber auch geringere psychische Belastbarkeit des Einzelnen, Verstädterung, Überalterung».

Letztes Zitat: «Politische Freiheit, wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind in der schweizerischen Industriegesellschaft selbstverständlich geworden.»

Auf den ersten Blick herrscht demnach rundum Zufriedenheit. Es gibt also das Traumland Schweiz, von dem andere Völker schwärmen. Auf den zweiten Blick wird das Ganze doch etwas düsterer. Zweifel, ob alles so bleiben wird, hocken zwischen den Zeilen.

Was für Schlussfolgerungen lässt die Umfrage CH 82 zu? Für Erfolg gibt es kein Dauerabonnement, für Schwarzmalerei und Sorglosigkeit keinen Anlass. Willi Ritschards Wort stimmt, es gehe uns heute etwas weniger gut als auch schon, aber es gehe uns noch immer relativ gut. Der Erfolg ist aber oft der Anfang des Misserfolges, das Beispiel Uhrenindustrie steht für andere. Wer Erreichtes halten will, muss Neues schaffen. Das allein ist realistisch.

SP-Erfolgsbilanz

Der deutsche Liberale Prof. Ralf Dahrendorf sagt das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts voraus. Mit seltener Fairness anerkennt er die enormen Leistungen der Sozialdemokratie, die diesem Jahrhundert sozial-, gesellschafts-, staats- und aussenpolitisch den Stempel aufgedrückt habe. Nun aber sei die Sozialdemokratie am Ende, und es folge die Wende.

Zuerst ein Wort zur SPS: In diesem Jahrhundert ist sie die erfolgreichste Partei der Schweiz. Sie leistete für den sozialen Aufstieg des Volkes die grösste Führungsarbeit und am meisten Schlepperdienste. Beim Generalstreik von 1918 wurden Forderungen wie: Schaffung der AHV, Einführung des Frauenstimmrechts und des Achtstundentages sowie die Umwandlung der Armee in eine Volksmiliz mit Truppeneinsatz gebodigt. Der soziale Aufstand gegen die damalige wirtschaftliche Misere wurde vom Bundesrat als revolutionärer Umsturzversuch drapiert. Heute ist das 9-Punkte-Programm des Generalstreikkomitees politischer Alltag. Die «Revolution» frass ihre Gegner.

Der eigentliche soziale Durchbruch erfolgte 1947 mit der AHV. Als Vater der AHV gilt der Sozialdemokrat Robert Bratschi, sekundiert vom freisinnigen Bundesrat Stampfli. SP-Bundesrat H.P. Tschudi baute die AHV zügig aus. Der erste Schritt von 1947 war minimal. Aber ohne diesen ersten

Schritt passiert in der Schweiz überhaupt nichts. Darin liegt das Geheimnis sozialdemokratischer Schritt-für-Schritt-Taktik. Sie führt weiter als die Alles-oder-nichts-Strategie.

Die viel gerühmte soziale und politische Stabilität der Schweiz basiert auf dem, was SPS und Gewerkschaften auf ihrem langen Marsch durch die Jahrzehnte an sozialer und materieller Besserstellung durchsetzten. 1918 noch wurde die AHV verfeuert, 1948 wurde sie eingeführt. In den dreissiger Jahren wurde die Kriseninitiative der SPS und des SGB wütend bekämpft und knapp besiegt, der Bundesrat wollte nichts wissen von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen. Er setzte auf Deflation, Lohnabbau und Arbeitslosigkeit und verschärfte so die Krise. 1946 dann fanden die wichtigsten Begehren der Kriseninitiative Eingang in die Wirtschaftsartikel, mit denen heute der Bund Krisen aktiv und wirksam bekämpfen kann. Das Gerede, die SPS sei eine wirtschaftsfeindliche Partei, gehört zur Propagandamunition der Gegner. Die SPS tat immer nur eines: Sie kämpfte für mehr soziale Sicherheit, mehr Kaufkraft, mehr Schutz im Alter, bei Krankheit und Unfall, mehr Ausbildungschancen für alle usw. usw.

Das Szenario war immer dasselbe: Zuerst wird die Idee der SPS abgelehnt, später wird sie aufgenommen, dann realisiert, und nach dem eingetretenen Erfolg behaupten die Gegner, die SPS rechts überholt zu haben. Die SPS hat für die Ankurbelung der Wirtschaft, die Erhaltung des sozialen Friedens und damit zum Erfolg Massgebliches beigetragen. Ihre Sozialbilanz seit 1918 ist einsame politische Spitze.

Ist sie nun, wie Prof. Ralf Dahrendorf der Sozialdemokratie voraussagt, ebenfalls am Ende? Ist sie vom Erfolg aufgefressen

worden und führt sie Rückzugsgefechte in eine glorreiche Geschichte?

Widersprüche

Günter Grass meint, Mimosen seien die Lieblingsblumen von Sozialdemokraten. Viele haben Mühe, sich auf die Wirklichkeit einzupendeln. Nicht selten wird die miese Stimmbeteiligung damit erklärt, es gehe eben «dem» Arbeitnehmer zu gut. Stimmt das?

Eine amtliche Untersuchung brachte es an den Tag: In der Schweiz besitzen 1,8% der Steuerpflichtigen gleichviel Vermögen wie die «übrigen» 98,2%. Keine 2% besitzen die Hälfte von allem, was man in diesem Lande überhaupt besitzen kann. Geht es wirklich allen zu gut?

Die «wf» (Wirtschaftsförderung) sorgt sich in ihrem Presdienst vom 3.1.1983 um die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz. Frankreich z.B. gebe für die mikroelektronische Forschung / Entwicklung jährlich gegen 900 Millionen Franken aus, die Schweiz 6 Millionen. «Ohne radikales Überdenken der Forschungszusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft sei die Schweiz in 10 Jahren ein technisch unterentwickeltes Land», zitiert die «wf» einen Top-Fachmann. Liegt denn die der Wirtschaft nahestehende FDP mit ihrem ewigen Gezeter gegen den Staat wirklich goldrichtig?

Ein einmal verpasster Anschluss ist schwer aufzuholen. Der Fall Uhrenindustrie ist dafür das Exempel. 52 000 Arbeitnehmer verloren bisher ihren Arbeitsplatz. Die NZZ erklärt am 28.5.1983 warum: «Der Zug wurde verpasst, weil Führungsverantwortliche . . . beschwörende Mahnungen allzu lange in den Wind schlugen. Ein Hochmut, für den Tausende von Arbeitnehmern in der

Folge mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlt haben.» Das Unternehmerrisiko wurde einmal mehr auf die Arbeitnehmer abgeschoben.

Die «wf» philosophiert am 24.5.1983, wie «schlimm Arbeitslosigkeit sei?» Nicht so schlimm. Der Arbeitsmarkt benötige «einen gewissen Spielraum. Nur so kann verhindert werden, dass die Arbeitnehmer die Marktbedingungen, insbesondere die Löhne, diktieren». «Spielraum auf dem Arbeitsmarkt» heisst «ein bisschen Arbeitslosigkeit», damit die Unternehmer den Lohn der Angst kassieren können.

Die Behauptung der SPS, das Finanzkapital sei bereit, den Werkplatz Schweiz zu verkaufen, wird als böswillige Unterstellung bezeichnet. Die Fakten sagen anderes. Die 15 grössten «Schweizer» Konzerne beschäftigen im Ausland 450 000 Leute, im eigenen Vaterland nur 130 000. Schindler-Holding schliesst das Werk in Schlieren und baute im Ausland aus, um nur die jüngste Fortsetzung festzuhalten. Seit 1975 sind im Industriebereich 70 000 Arbeitsplätze «verschwunden».

Niklaus Senn, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft, erklärte beim Hearing über die SPS-Bankeninitiative, unsere Forderung für möglichste Transparenz sei tödlich. Und zwar deshalb, weil das die ausländischen Aktionäre, die massgebliche Anteile «unserer» Wirtschaft besitzen, nicht hinnähmen und es zu einem «Börsenzusammenbruch» käme. Die Volkswirtschaft eine Wirtschaft des Volkes oder fremder Aktionäre? Den eigenen Mitarbeitern wird die Mitbestimmung verweigert. Man hat ja schliesslich die Fremdbestimmung.

Die «Schweizerische Handelszeitung» vom 28.7.1983 bezeichnet es als einen «Fehltritt», dass unsere Gross-

banken ausländischen Konzernen aussergewöhnlich zinsgünstige Anleihen verschaffen, so die eigene Exportwirtschaft konkurrenzieren und den Werkplatz Schweiz gefährden.

Das böse Wort vom Gewinn um jeden Preis ist halt noch immer wahr. Während die Industrie noch und noch Schwierigkeiten hat, buchen die Grossbanken Jahr für Jahr neue Rekordgewinne. So wiederum für das 1. Halbjahr 1983, so auch für 1982. Gemäss dem Wirtschafts-magazin «bilanz» wurden 1982 aussergewöhnliche Rückstellungen und Reserven angelegt, «sonst wären die Gewinne in buchstäblich astronomische Höhen gestiegen». Natürlich greifen Grossbanken auch schweizerischen Betrieben finanziell unter die Arme. Aber nicht nur. Zuerst sorgen sie für den Finanzplatz, nötigenfalls auf Kosten des Werkplatzes.

An der Scheuchzerstrasse 7 in Zürich hat Josef Müller seinen mehrfachen Geschäftssitz. Er gibt seinen Vermögensstand mit 200 Millionen, andere mit 500 Millionen Franken an. Seit 1966 bezahlt dieser Mann keine Einkommenssteuern. Auf dem amtlichen Steuerausweis 1976 z.B. steht in den Rubriken Einkommen und Vermögen zweimal eine Null. Josef Müller und in Zürich allein etwa 50 andere Millionäre drücken sich um die Steuern und verstecken sich hinter dem Bankgeheimnis. Schon 1976 verlangte der Bundesrat die Auskunftspflicht der Banken gegenüber den Steuerbehörden. Um solche Missstände abzustellen. Die Bürgerlichen schmetterten im Parlament diese «Zumutung» ab. Und die SPS-Bankeninitiative, die das gleiche verlangt, wird verteufelt. Selbstverständlich im Namen von Freiheit und «weniger Staat».

Sparbüchleininhabern werden automatisch 35% Verrechnungssteuer auf ihrem Zinser-

trag abgezogen. Grossanleger, die mindestens 100 000 Franken auf den Bankschalter legen müssen, um in das sogenannte Treuhandgeschäft zu kommen, bezahlen null Prozent Verrechnungssteuer, obschon ihre Milliarden auf dem US- und Euro-dollarmarkt horrenden Zinserträge erbringen. Die SPS schlug eine Verrechnungssteuer auch auf den grossen Sparbüchern vor. Bundesrat und Nationalbank waren dafür, die bürgerliche Mehrheit lehnte im Februar 1983 dieses «Ansinnen» ab. Selbstverständlich wiederum im Namen von Freiheit und «weniger Staat». Somit bleiben 200 Milliarden (!) Treuhandgelder verrechnungssteuerfrei.

Das sind keine Miesmacher-Beispiele, sondern knallharte Tatsachen. Wer behauptet da noch, es gehe uns zu gut? Wer glaubt da noch, alle Probleme seien gelöst und die Sozialdemokratie werde politisch arbeitslos?

Herausforderung und neue Politik

Zu den alten, exemplarisch aufgezählten Problemen gesellen sich neue. Die SPS versucht mit ihrer erfolgreich abgeschlossenen Programmrevision gültige Antworten zu geben. Das Programm ist ein Wurf, die Verwirklichung muss in Etappen erfolgen.

Die Rolle des Staates ist neu zu überdenken. Joseph Huber formuliert die neue Rolle klar: «An die Stelle eines Staates, der für seine Bürger und anstelle seiner Bürger etwas macht oder machen lässt, tritt ein Staat, der Bedingungen herstellt, unter denen die Bürger selber etwas machen können, ein Staat, der sie instand setzt, sich selbst zu helfen.» Genau das ist der Grundgedanke der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung.

Statt z.B. alte Wohnhäuser in teure Luxuswohnungen umzu-

bauen, käme es billiger und wäre es gesellschaftspolitisch besser, Haus-Genossenschaften das Kapital für die Renovation anzuvertrauen. Die Basler SP hat dieses Vorhaben mit ihrer Wohnbauinitiative und einem «Fonds de roulement» angepeilt.

Die SPS betrachtet Selbstverwaltung / Selbstbestimmung keineswegs als Allheilmittel. Grosse zentrale Versorgungssysteme sollen nicht aufgestückt werden, denn das wäre die Demontage des Sozialstaats. Das Grosse und das Kleine (das Zentrale und das Dezentrale, das von langer Hand Geplante und das spontan sich Ergebende, das Fremdgemachte und das Selbstgemachte) haben je nach Sachlage beide ihre Berechtigung, stellt Joseph Huber zutreffend fest.

Sozialpolitik beschränkt sich nicht auf Renten, Prämien, Versicherungen oder Sozialgesetze. Zur Sozialpolitik gehört die Umwelt. Zu lange hat die Wirtschaft durchsetzen können, dank der bürgerlichen Parteien, Umweltschutz sei zu teuer. Jetzt, wo das Waldsterben auch in der Schweiz dramatisch wird, verstehen vielleicht mehr als bisher, dass die Wirtschaft in einer kaputten Umwelt nicht floriieren kann und die besten Renten in einer zerstörten Natur sinnlos wären.

Die viel gerühmte helvetische Kunst des Kompromisses wird allerdings für die Umweltpolitik nicht mehr genügen. Wir brauchen radikale Lösungen, sonst kommen sie zu spät. Der soziale Fort-Schritt ist eine Schnecke, das wissen wir. Im Umweltbereich wird Tempo nötig. Geschwindigkeitsbeschränkungen gab es genug.

Zur Umwelt gehört eine vernünftige Energiepolitik. Sparen ist die grösste Energiequelle der Zukunft, nicht der Bau weiterer Atomkraftwerke mit dem Atommüll für Jahrtausende,

mit dem Sicherheitsrisiko und der für die Bevölkerung unkalulierbaren Angst. Grosstechnologie zerstört unsere Umwelt, unsere Lebensgrundlagen, unsere Zukunft.

In der Umweltpolitik, zu der humane Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, gesundes Leben u.a.m. gehören, tönen kompromisslose Forderungen wie Zukunftsmusik auf der Kindertrumpete. Effektiv sind sie der

Versuch, nicht den Todesmarsch vorgespielt zu bekommen. Wobei das Wort des amerikanischen Politikers Wendell Wilkie, Frieden und Wohlstand seien unteilbar, nur zu wahr ist. Zu dieser Umweltbedrohung kommt ja noch die Kriegsgefahr mit dem weltweiten nuklearen Zerstörungspotential. Über Krieg oder Frieden entscheiden andere. Unsere Umwelt verlangt im europäischen

Verbund eigene Handlungsfähigkeit.

Die stolzen Sozialerfolge der SPS aus vielen Jahrzehnten behalten nur dann ihren Sinn, wenn wir die neue Herausforderung annehmen, wenn wir mit einer Trotzstimmung, mit dem Erst-jetzt-recht-Gefühl in die Herbstwahlen gehen. Prügel haben wir genug bekommen, jetzt brauchen und wollen wir Stimmen.

Teilzeitarbeit als Instrument der Arbeitszeitpolitik

Eine Chance in der Krise?

Nationalrätin Yvette Jaggi zeigt, wo sich die Geister scheiden

Lange war die Teilzeitarbeit von der politischen Linken — und insbesondere von den Gewerkschaften — mit kaum verhohlenen Misstrauen betrachtet worden. Dies ändert sich heute: Für viele stellt Teilzeitarbeit bereits das dar, was sie ja schliesslich in der Praxis des Alltags auch ist: ein wichtiges Instrument der Arbeitszeitpolitik. Vorausgesetzt freilich, dass es eine solche Politik auch gibt und dass sie sich auf die Interessen und Anliegen der Arbeitnehmer abstützt. Harte Auseinandersetzungen sind also in Sichtweite, kräftig gefördert durch einen wichtigen Verbündeten: dem Druck der Notwendigkeit und der gegenwärtigen konjunkturellen Lage. Denn wenn Krise und Arbeitslosigkeit eine Chance bieten, dann die, dass jetzt endlich die Fragen der Arbeitszeit global angegangen werden können.

Luxus oder bittere Notwendigkeit . . .

Beim Lesen der verschiedenen Studien, die in den sechziger

Jahren dem Thema Teilzeitarbeit gewidmet worden sind¹, merkt man bald, dass es sich dabei um Luxus und Notwendigkeit zugleich handelt: willkommene Zerstreung für verheiratete Frauen, denen es zuhause langweilig ist, bedauernswerte Notwendigkeit für Familienmütter, deren Haushaltgeld nicht ausreicht, aber auch Möglichkeit für Bezüger sozialer Leistungen (Invalide) oder ungenügender Stipendien (Studenten), noch etwas dazu zu verdienen.

Und so schliessen sich jeweils Teufelskreise: Schwierige Lebensumstände, wichtigere Prioritäten, die Verschlechterung der sozialen Bedingungen erschweren wiederum die Lebensumstände usw.

Das — und die Bequemlichkeit der Arbeitgeber — sind die Gründe für das schlechte Ansehen der Teilzeitarbeit. *Darum hat die Teilzeitarbeit* bzw. die Situation jener, «die eine Lohn-tätigkeit ausüben möchten oder müssen, ohne dies voll tun zu können oder zu wollen²», *das Image von Unsicherheit und Verzweiflung.*

Natürlich trägt die Tatsache, dass von vier Teilzeitarbeitern jeweils mindestens drei Frauen sind, nicht dazu bei, diesem Problem einen prioritären Charakter zu verleihen. In diesem Punkt gestattet ein auch noch so gemässigter Feminismus nicht die geringste Illusion: sei es in bezug auf die Gewerkschaften, die Arbeitgeber, die Gesetzmacher oder die Behörden.

Unter diesen Umständen erscheint es fast als Wunder, dass gewisse Kollektivverträge doch auch an die Teilzeitarbeiter denken und dass mangels einer speziellen Regelung das Obligationenrecht (Art. 319 ff.) für Fragen sozialer Leistungen, Ferien, bezahlter Krankheitsurlaube usw. angewandt werden kann. Trotzdem bleibt die Lage jener, die keine Vollzeitstelle annehmen können oder wollen, auf dem Arbeitsmarkt relativ prekär. Obwohl die Arbeitgeber die Vorteile der Teilzeitarbeit sehr wohl kennen (weniger Absenzen während der Arbeitszeit, Einsetzbarkeit für Spitzenstunden oder -perioden, Ausführung der eintönigsten Arbei-